

Stellungnahme

Gesetz zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung

fwd: Bundesvereinigung Veranstaltungswirtschaft

Der fwd: Bundesvereinigung Veranstaltungswirtschaft unterstützt das Vorhaben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und des Bundesministeriums des Innern und für Heimat, den Zugang für Fach- und Arbeitskräfte aus dem Ausland zum deutschen Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Um die Zukunftsperspektive der Branche sicherzustellen und neue Arbeits- und Fachkräfte aus dem Ausland zu gewinnen, ist eine praxisbasierte Verbesserung von Rahmenbedingungen notwendig, die auch branchenspezifische Herausforderungen in Betracht zieht.

Die Veranstaltungswirtschaft ist der sechstgrößte Wirtschaftszweig Deutschlands mit 81 Mrd. Euro Kernumsatz sowie insgesamt 130 Mrd. Euro indirekter Umsätze. Mit mehr als 1,1 Mio. Erwerbstätigen gehört die Veranstaltungswirtschaft zu den wichtigsten Arbeitgebern in Deutschland. Zählt man die indirekt von der Veranstaltungswirtschaft betroffenen Berufsgruppen (bspw. Gastronomie und Tourismus) hinzu, sind insgesamt rund 2 Mio. Arbeitsplätze von der Branche abhängig.

Die deutsche Veranstaltungswirtschaft gilt weltweit als die am besten qualifizierte in ihrem Sektor. Insgesamt sind in der Branche mehr als 150 Berufsgruppen tätig, die den Menschen mit ihren unterschiedlichen Hintergründen, Fähigkeiten und Bedürfnissen die Möglichkeit zur individuellen Entfaltung bietet. Die Dienstleister bestehen aus Soloselbstständigen bis hin zu mittelständischen Unternehmen mit bis zu 1.000 Mitarbeiter*innen. Über 240.000 Unternehmen sind Teil der Veranstaltungswirtschaft, die weit überwiegende Mehrheit davon ist klein- und mittelständisch geprägt. Damit ist die Veranstaltungswirtschaft eine Säule des Mittelstandes in Deutschland.

Der fwd: Bundesvereinigung Veranstaltungswirtschaft sieht aufgrund der aktuellen Situation folgenden Handlungsbedarf:

1. Maximale Bearbeitungslaufzeit auf zwei Monate reduzieren

Erklärung:

- *Arbeitskräfte aus dem Ausland wandern durch einen zu langen Bearbeitungsprozess in die EU-Nachbarländer ab*
- *Unternehmen fehlt die Planbarkeit sowie die Sicherheit bei den verschiedenen Aufenthalts- sowie Arbeitsgenehmigungen*

- *Verwaltungs- und Entscheidungsprozesse müssen daher verkürzt werden*
- *Erreichbarkeit der Ausländerbehörde für Arbeitgeber verbessern (bspw. durch spezielle Hotline), um den Genehmigungsprozess zu beschleunigen*

2. Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse vereinfachen

Erklärung:

- *Anerkennung ausweiten. Durch den Fachkräftemangel zählen nicht mehr primär die anerkannten Berufsabschlüsse, sondern die nachweislichen Qualifikationen / Erfahrungen*
- *Vereinheitlichung der Regeln zur Anerkennung*
- *Vereinfachter Zugang zur finanziellen Unterstützung beim Anerkennungs- sowie Übersetzungsverfahren der Abschlüsse für Personen mit geringem Einkommen*

3. Anforderungen an Sprachkenntnisse senken

Erklärung:

- *Sprachkenntnisse können auch berufsbegleitend entwickelt werden*
- *Zielführender ist die Erreichung von X Punkten innerhalb von 18 Monaten*
- *Häufig fehlt in den Herkunftsländern ein hinreichender Zugang zu Sprachkursen*

4. Fachkräfte bei der Wohnungssuche unterstützen

Erklärung:

- *Widerspruch in der Umsetzung (Personen benötigen einen Wohnsitz, bekommen ohne Arbeitsplatz allerdings oftmals keine Wohnung)*

5. Vereinfachte Berufsausübungserlaubnis in Übergangsphase ermöglichen

Erklärung:

- *Erheblicher Mehraufwand, wenn mehrere unterschiedliche Qualifikationen gefordert sind*
- *Beispielsweise könnte die Umschreibung von LKW-Führerscheinen erleichtert werden*

6. Ausgleichsabgabe – ähnlich SGB IX – einführen

Erklärung:

- *Vielen Arbeitgebern ist der bürokratische Aufwand zu hoch und sie vermeiden es, Arbeitnehmer aus Nicht-EU-Staaten einzustellen*

- *Eine Ausgleichsabgabe ähnlich SGB IX könnte einen wichtigen Anreiz setzen*

7. Auslandsvertretungen organisatorisch und strukturell unterstützen

Erklärung:

- *Prozess der Visumserteilung durch Auslandsvertretung ist für Antragsteller arbeits- und zeitintensiv*
- *Auslandsvertretungen müssen intensiv unterstützt werden, vor allem durch das Auswärtige Amt*

8. Plattform zur Beratung von interessierten Arbeitgebern einrichten

Erklärung:

- *Potenzielle Arbeitgeber brauche Unterstützung und bestenfalls eine zentrale Anlaufstelle für Fragen vor und während des Prozesses*